

MÜNCHEN



MIGRATION & VIELFALT

Unser Fahrplan für den Münchner Migrationsbeirat 2026 - 2032



München gehört uns allen.

**Unser Fahrplan für eine weltoffene Stadt,
die wir alle zusammen gestalten.**

München ist eine Einwanderungsstadt.

Mehr als die Hälfte der Menschen hier hat eine Migrationsgeschichte. Sie arbeiten in den Kliniken und auf den Baustellen, fahren U-Bahn und Bus, unterrichten, pflegen, gründen Betriebe. Sie halten die Stadt am Laufen. Sie sind nicht der Rand dieser Stadt. Sie sind München.

Doch noch immer entscheidet die Herkunft darüber mit, wie schnell ein Antrag bearbeitet wird, welche Chancen jemand auf dem Wohnungsmarkt hat, wer beruflich aufsteigen kann und wessen Stimme gehört wird. Das wollen wir ändern.



1. Für eine Verwaltung, die ermöglicht

**Wer einen Aufenthaltstitel benötigt oder
die Einbürgerung beantragt, wartet oft sehr lange.
Das erschwert berufliche Entscheidungen,
Reisen und Familienplanung.**

Wir fordern:

- **deutlich mehr Personal in der Servicestelle für Zuwanderung und Einbürgerung**
- **verbindliche Bearbeitungsziele und eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über Wartezeiten**
- **eine digitale Antragsverfolgung, über die der Bearbeitungsstand jederzeit einsehbar ist**
- **funktionierende digitale Anträge statt unübersichtlicher Formulare und mehrfacher Einreichungen**
- **automatische Benachrichtigungen über fehlende Unterlagen und den Bearbeitungsstand**
- **feste Ansprechstellen für besonders dringende und existenzielle Fälle**
- **mehrsprachige, verständliche und barrierefreie Kommunikation als Standard**
- **frühzeitige Information über die Möglichkeit der Namensangleichung, etwa bei Patronymen**

**Eine moderne Stadtverwaltung darf Menschen nicht im Ungewissen lassen.
Wer alle Voraussetzungen erfüllt, hat Anspruch auf zügige, faire und
transparente Verfahren.**

2. Eine Stadtverwaltung, die Münchens Vielfalt widerspiegelt

Die Landeshauptstadt gehört mit ihren Referaten, Eigenbetrieben, Kliniken und Gesellschaften zu den größten Arbeitgeberinnen der Region. Menschen mit Migrationsgeschichte müssen auf allen Ebenen vertreten sein, in der Ausbildung ebenso wie in Fach- und Führungspositionen.

Wir wollen:

- **anonymisierte Bewerbungsverfahren in geeigneten Bereichen erproben und wissenschaftlich auswerten,**
- **verbindliche Zielwerte für mehr Vielfalt in Ausbildung, Nachwuchsförderung und Führungspositionen,**
- **einen regelmäßigen städtischen Diversitätsbericht mit nachvollziehbaren Zahlen und Maßnahmen,**
- **interkulturelle Kompetenz und diskriminierungssensible Personalführung als verbindlichen Teil der Aus- und Fortbildung,**
- **gezielt in verschiedenen Sprachen und Communities für Ausbildung und Beschäftigung bei der Stadt werben,**
- **Menschen mit ausländischen Abschlüssen aktiv bei der Anerkennung unterstützen**

München wirbt international um Fachkräfte und überlässt sie danach weitgehend sich selbst. Wer als Pflegekraft oder Auszubildender herkommt, braucht mehr als einen Arbeitsvertrag. Und er braucht Schutz, denn bei der Anwerbung aus dem Ausland verlangen Vermittler Gebühren, behalten Papiere ein und schaffen Abhängigkeiten, die bis zum Menschenhandel reichen.

Deshalb fordern wir:

- **ein kommunales Welcome-Angebot aus einer Hand: Aufenthalt, Wohnung, Kita, Anerkennung, Sprachkurs**
- **Mentoringprogramme für internationale Fachkräfte und Auszubildende**
- **Beratung über Rechte und Eingreifen bei einbehaltenen Papieren und Vermittlungsgebühren**

3. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt konsequent bekämpfen

Eine bezahlbare Wohnung zu finden ist in München für alle schwer. Wer zusätzlich wegen seines Namens, seiner Hautfarbe, seiner Religion oder seiner Herkunft aussortiert wird, hat noch schlechtere Chancen.

Wir fordern:

- **regelmäßige wissenschaftliche Testing-Verfahren, mit denen Benachteiligung bei der Wohnungssuche dokumentiert und öffentlich gemacht wird**
- **eine personell und finanziell gestärkte städtische Antidiskriminierungsberatung**
- **eine niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungs- und Beschwerdestelle für Betroffene**
- **Unterstützung bei der rechtlichen Durchsetzung von Ansprüchen**
- **transparente Vergabekriterien bei der Münchner Wohnen**
- **Immobilienunternehmen und Vermittlungsplattformen stärker für diskriminierungsfreie Vergabeverfahren in die Verantwortung nehmen**
- **eine städtische Melde- und Dokumentationsstelle für rassistische, antisemitische und antimuslimische Vorfälle, deren Zahlen jährlich im Stadtrat behandelt werden**

4. Bildung stärken

Bildungschancen werden nicht erst im Klassenzimmer verteilt. Sie beginnen in der Kita, beim Zugang zu Betreuung, bei der Unterstützung der Eltern und bei den Angeboten im eigenen Viertel. Schulpolitik macht der Freistaat. Kitas, Horte, Schulsozialarbeit und Elternarbeit macht die Stadt.

Wir wollen:

- **mehrsprachige und leicht verständliche Informationen über Kitas, Schulen, Übertritte und Fördermöglichkeiten**
- **Elternlots*innen und feste Ansprechpersonen, die Familien durch das Bildungssystem begleiten**
- **mehr Sprachförderung, ohne die Mehrsprachigkeit von Kindern abzuwerten**
- **den Ausbau von Schulsozialarbeit, Lernförderung und kostenfreien Bildungsangeboten in den Stadtteilen**
- **verbindliche Begleitung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf**
- **bessere, gebündelte und mehrsprachige Information über Stipendien und Förderprogramme**

5. Gesundheit & Pflege für alle

Gesundheit darf nicht von Sprache, Herkunft oder Versicherungsstatus abhängen. Wer eine Diagnose nicht versteht, kann keine selbstbestimmten Entscheidungen treffen. Wer keinen ausreichenden Versicherungsschutz hat, sucht oft erst dann ärztliche Hilfe, wenn die Erkrankung bereits weit fortgeschritten ist.

Wir fordern:

- einen städtisch finanzierten Sprachmittlungsdienst, den Praxen, Kliniken, Pflegedienste und Beratungsstellen kostenfrei abrufen können
- mehrsprachige Gesundheitsinformationen zu Vorsorge und Patientenrechten
- die dauerhafte Absicherung der Clearingstelle Gesundheit und einen anonymen Behandlungsschein, damit medizinische Hilfe nicht von Papieren abhängt
- den Ausbau psychotherapeutischer und psychosozialer Angebote für Menschen mit Flucht- und Gewalterfahrung, mit Sprachmittlung als Regelleistung und deutlich kürzeren Wartezeiten
- interkulturelle Öffnung als verbindliches Ziel für München Klinik, Pflegeeinrichtungen und Beratungsstellen, mit Fortbildungen zu kultursensibler Versorgung und einer Beschwerdestelle für Diskriminierung im Gesundheitswesen
- kultursensible Pflege für die Generation, die diese Stadt mit aufgebaut hat
- die schnellere Anerkennung ausländischer Pflege- und Gesundheitsabschlüsse und eine städtisch begleitete Anpassungsqualifizierung

6. Religionsfreiheit braucht Raum

**Religionsfreiheit darf nicht nur auf dem Papier stehen.
In München entscheidet über sie oft ein Bebauungsplan.**

**Viele muslimische und alevitische Gemeinden
leisten seit Jahrzehnten wichtige soziale und
nachbarschaftliche Arbeit und tun das in beengten
Hinterhöfen, provisorisch umgebauten Gebäuden oder
abgelegenen Gewerbegebieten.**

Wir wollen:

- religiöse Gemeinden bei der Suche nach geeigneten und dauerhaft nutzbaren Räumen unterstützen
- ihre Bedürfnisse frühzeitig in der Stadt- und Bauleitplanung berücksichtigen
- transparente und diskriminierungsfreie Verfahren bei der Vergabe städtischer Grundstücke und Immobilien
- nachvollziehbare Genehmigungsverfahren für Gebets-, Versamlungs- und Gemeinderäume
- ausreichend Flächen für muslimische Bestattungen auf den städtischen Friedhöfen, Bestattungen nach unterschiedlichen religiösen Riten und eine mehrsprachige Beratung der Angehörigen
- die regelmäßige Förderung des interreligiösen Dialogs mit Schulen und Vereinen

**Religionsfreiheit braucht nicht nur Respekt.
Sie braucht konkrete Räume.**

7. Dem Migrationsbeirat mehr politisches Gewicht geben

Der Migrationsbeirat vertritt über 400.000 Münchner*innen, die bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nicht mitentscheiden dürfen. Seine Anträge und Empfehlungen müssen zwar innerhalb bestimmter Fristen behandelt werden. Behandelt zu werden bedeutet jedoch noch lange nicht, umgesetzt zu werden. Wir wollen aus dem Migrationsbeirat eine politische Stimme machen, die nicht überhört werden kann.

Dafür fordern wir:

- ein fest verankertes Rede- und Initiativrecht in allen zuständigen Ausschüssen des Stadtrats
- die Möglichkeit, migrationspolitische Themen eigenständig auf die Tagesordnung zu setzen
- verbindliche und öffentlich einsehbare Stellungnahmen der Referate zu den Beschlüssen des Beirats
- eine Begründungspflicht, wenn Empfehlungen nicht oder nur teilweise umgesetzt werden
- einen jährlichen Umsetzungsbericht und die frühzeitige Einbindung bei allen migrationspolitisch relevanten Vorhaben
- einen eigenständig planbaren Etat und eine personell gut ausgestattete Geschäftsstelle
- eine breit angelegte, mehrsprachige Wahlkampagne der Stadt und eine aktive Öffentlichkeitsarbeit des Beirats
- die vereinfachte Aufnahme von Eingebürgerten und Menschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten in das Wählerverzeichnis.

Gemeinsam für ein München der gleichen Chancen

**Wir wollen eine Stadt, in der eine Migrationsgeschichte
weder Hindernis noch Rechtfertigungszwang ist.**

**Eine Stadt, deren Verwaltung funktioniert,
deren Arbeitsplätze allen offenstehen,
deren Wohnungen diskriminierungsfrei vergeben werden,
deren Gesundheitsversorgung niemanden abweist
und in der jedes Kind die gleichen Chancen erhält.**

**Integration ist keine Einbahnstraße. Sie gelingt,
wenn alle Menschen die gleichen Chancen erhalten,
Verantwortung übernehmen
und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.**

München gehört uns allen. Gehen Sie wählen.